Paris, 17. März. Boulevard. Rente 75,60. Anleihe 106,35. Italiener 93,75. Türken —. Türkenloose —. Spanier 60%. Egypter 322,00. Ottomanen 649,00. Franzosen —. Lombarden —. Stetig.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

NEUE GESANGBÜCHER eigenes Fabrikat, nach Zeichnung von Hofrath Graff, Prof. Rade, Architekt Malke, Lehrer E. Hübler u. dergl., empfiehlt in reicher Auswahl ED. PACHTMANN Hoflieferant Pragerstrasse 7.

Leo Meyer, Atelier für Zimmer-Dekoration und Styl-Möbel, Ausstellung von Muster-Zimmern einfachen und reichen Genres. 1 Moszinski-Strasse 1 Ecke Pragerstrasse, Parterre und erste Etage.

Wollene Schlafdecken, grösstes Lager am Platze, in allen Qualitäten. Empfehlenswerth: Naturwolldecken von M. 8,75 an. Preiscourant gratis und franco. W. Metzler, 15 Altmarkt 15. Bitte genau auf Firma zu achten.

Vortheilhafteste Bezugsquelle für Tapisserie-Arbeiten und alle zugehörigen Materialien. Neuheiten stets am Lager. Hartmann & Saam, Schloss-Strasse Nr. 17, gegenüber dem Königl. Schlosse

Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn, Waisenhausstraße 7, Halb-Etage. Wegen der zum 1. April stattfindenden Verlegung des Geschäftslokals nach Pragerstrasse 6, part. werden sämmtliche Gegenstände des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft. Für Knaben: Confirmanden- u. Schul-Anzüge etc. Für Mädchen: Confirmanden-Jaquets, Kleider etc. Anfertigung nach Maass. Auswahlsendung bereitwilligst.

Nr. 78. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 18. März: Schwacher unbestimmter Wind, vorwiegend heiter, trocken. Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1884. **Dienstag, 18. März.**

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Bierey in Dresden

Politisches

Mit der Verweisung an eine 28gliedrige Kommission hat die erste Lesung des Unfallversicherungsgesetzes im Reichstage geendet. Bei so wichtigen Gesetzen ist es ganz in der Ordnung, den Kreis der Begutachter möglichst weit zu ziehen. Daher wählt jede der 7 Abtheilungen des Reichstages 4 Mitglieder. Sehr zu wünschen ist es, daß die Wahl auf sachkundige Personen falle, auf Abgeordnete, die außerdem von dem ehrlichen Verlangen beseelt sind, das Gesetz überhaupt zu Stande zu bringen. Darf man aus der Mehrheit und den Ausführungen der einzelnen Sprecher einen Schluß auf das Schicksal des Gesetzes wagen, so hätte das Urtheil dahin zu geben, daß nur unter weitgehenden Zugeständnissen der Reichsregierung die Verabschiedung eines brauchbaren Unfallversicherungsgesetzes gesichert erscheint. Ein allen Ansprüchen genügendes Gesetz dieser Art wird überhaupt niemals herzustellen sein. Es muß genügen, daß einem allgemein empfundenen Bedürfniß im großen Ganzen zweckentsprechend abgeholfen wird. Das Bedürfniß einer Sozialreform zur Hebung der Lebenslage der arbeitenden Klasse ist ein so unabweisliches, daß es unbedingt befriedigt werden muß. Es erscheint Denen, welchen dies eine Herzenssache ist, weniger wichtig, ob eine sozialkonservative oder eine sozialliberale Partei den Kanzler bei einem Werke unterstützt, das für Deutschland und alle Kulturstaaten eine unabweisbare Nothwendigkeit, ein mächtiges Zeitgebot ist. Die Hauptsache bleibt, **daß** ein solches Gesetz zu Stande kommt. Günstig hierfür ist die wiedergewonnene geistige und körperliche Frische und Gesundheit, welche die ärztliche Kunst Dr. Schweninger's dem Fürsten Bismarck verschafft hat. In ihren Lokalnotizen berichten Berliner Blätter ausführlich, daß jetzt Fürst Bismarck zu Fuß in den Reichstag geht, was er seit vielen Jahren nicht get an hat. Der Kanzler schreitet elastischen Ganges durch die Straßen der Reichshauptstadt, sympathisch begrüßt von den ihm Begegnenden. Nachmittags haben die Berliner den ihnen wieder neuen Anblick, den Fürsten Bismarck als Reiter durch die Baumgänge des Thiergartens sprengen zu sehen. Er findet sich im Reichstage noch vor der Eröffnung der Sitzung ein und muß sich dabei von Herrn Dr. Bamberger schulmeistern lassen, daß er es versäumt habe, ihm anzuzeigen, „daß er jetzt so früh aufstehe" — sonst würde der liebe Bamberger auch rechtzeitig in den Reichstag gekommen sein. Infolge seiner neugewonnenen Gesundheit betheiligte sich der Kanzler an den Unfallversicherungsdebatten mit einer Lebhaftigkeit, daß dieser Johannistrieb die besten Früchte für die Wohlfahrt des Reiches verspricht, zunächst für die Wohlfahrt der gewerblichen Arbeiter, auf die das Unfallversicherungsgesetz berechnet ist.

Prinzipielle Gegner fand die Vorlage in den Rednern der Sozialdemokratie und der Freihändler. Diese beiden Parteien, die sich nur scheinbar gegenüberstehen, in der Praxis aber sich gegenseitig in die Hände arbeiten, schickten die Abgeordneten v. Vollmar und Dr. Bamberger auf die Tribüne. Offener war aber der Vertreter der Sozialdemokratie, als der Wortführer der Handelskapitalmacht. Vollmar erklärte seine unbedingte Gegnerschaft gegen die Vorlage und verweigerte seine Mitwirkung bei der Verbesserung derselben; Bamberger brachte zwar auch die üblichen Phrasen von der Bereitwilligkeit, an der Sozialreform mitzuarbeiten — Versicherungen, denen kein Mensch mehr glaubt — seine ganze Rede lief aber auf die Hintertreibung der Vorlage hinaus. Wenn Vollmar das Gesetz als ungenügend, geringschätzig behandelte, Bamberger aber als für viel zu weitgehend verdächtigte, Jener es als mit gar keinem Tropfen sozialistischen Oels, Dieser dasselbe als damit zu reichlich durchtränkt erklärte, so sieht Jedermann leicht, daß dies nur verschiedene Formen der Verneinung sind. Bismarck that Recht daran, daß er beide Herren in einen Athem nannte und Beide zugleich abthat. Mit Schadenfreude behandelte Vollmar die Vorlage, die sich von den hochfliegenden Plänen einer Neugestaltung der Gesellschaftsordnung abgewendet habe. Bismarck legte den Grund der Feindschaft der Sozialistenführer gegen die Sozialreform mit wenigen Worten blos. Die Führer brauchen unzufriedene Arbeiter. Ihre Aufgabe ist es zu führen, zu herrschen; die Vorbedingung dazu sind zahlreiche unzufriedene Arbeiter. Sie müssen jedem Versuche der Regierungen, diesem Zustande abzuhelfen, mag er noch so gutgemeint sein, entgegentreten, wenn sie nicht die Herrschaft über die von ihnen irregeleiteten Massen verlieren wollen. Bismarck legt daher auf die Einwendungen, die von den Führern der Sozialdemokratie kommen, keinen Werth; einen sehr hohen Werth würde er auf solche Einwendungen legen, die von Arbeitern im Allgemeinen kommen. Denn unsere Arbeiter sind, Gott sei Dank, nicht unempfindlich für die Bestrebungen der Regierungen, ihnen zu helfen. Viel Zustimmung wird es gewiß nicht bei den Arbeitern finden, wenn Vollmar es geringschätzig behandelt, daß das Gesetz in seiner jetzigen Fassung höchstens zwei Millionen Arbeitern Vortheile verbürgt. Du lieber Gott, ist das wirklich so eine Kleinigkeit? Der Reichstag hat es aber in der Hand, den Kreis der Gewerbebetriebe, denen das Gesetz nützen soll, zu erweitern. Bismarck erkannte an, wie wünschenswerth es sei, auch die Bauhandwerker und die beim Forstwesen und Ackerbau beschäftigten Arbeiter unter das Unfallversicherungsgesetz zu stellen. Er nannte dasselbe einen „Krystallisationspunkt", um den sich künftig andere Betriebe anschließen könnten. Er gab eine feierliche Zusage, daß, wenn die jetzige Vorlage eine entgegenkommende und fruchtbare Aufnahme im Reichstag finde, er sofort Gesetze einbringen würde, welche auch die Gewerbebetriebe der Bauhandwerker und der Landwirthschaft umfassen sollten. Bismarck's Wort in Ehren — warum soll aber der Reichstag nicht jetzt schon diese Betriebe in das Gesetz aufnehmen? Auch die Großgrundbesitzer haben sich für die Unterstellung der Land- und Forstarbeiter unter das Unfallversicherungsgesetz ausgesprochen. Es müssen mindestens alle die Betriebe darunter fallen, die jetzt schon der Krankenversicherung unterliegen. Sonst käme der unglaubliche Fall vor, daß eine große Zahl von Arbeitern, die keinen Anspruch auf Schadenersatz haben, wenn sie ein Unfall trifft, zu den Unfallkosten für die der Unfallversicherung unterliegenden Betriebe beisteuern müssen; denn bekanntlich sollen die Entschädigungen nach Unfällen die ersten 13 Wochen von den Krankenkassen getragen werden. Diese Bestimmung, die große Länge der Karrenzzeit, unterlag sehr berechtigten Angriffen. Wir müssen uns heute auf diese wenigen Gesichtspunkte beschränken. Es wird noch öfter Gelegenheit geben, sich mit diesem Stoffe zu beschäftigen. Handelt es sich doch um einen Gegenstand, der für die Gesetzgebung überhaupt ein unerforschtes, ein noch nicht betretenes Gebiet ist.

Die gräuliche Schlächterei, welche bei Tamanib die Engländer unter den nackten Arabern anrichteten, wird von ihnen als ein herrlicher Sieg gefeiert. Wenn auch das furchtbare Feuer der Hinterlader über die heroische und brillante Tapferkeit der Araber triumphirte, so bleiben doch die erwarteten Früchte des Blutbades aus. Osman Digma, d. h. der Bärtige, wird den nach Suakin zurückgekehrten Eng ändern noch viel zu schaffen machen. Die Straße nach Berber, auf welcher General Gordon die egyptischen Garnisonen zurückziehen soll, ist keineswegs freigelegt. Gordon's Schicksal selbst ist in dämmliches Dunkel gehüllt. Seine Proklamation des Mahdi (so schreibt er sich) zum Sultan von Cordofan ist von diesem mit Hohn abgewiesen worden und zur Zeit hat Gordon nicht mehr erreicht, als daß er die Sklaverei wieder einführte und 100,000 Pfund Sterling an die Sklavenhändler vertheilte, — die natürlich nicht blöde im Zugreifen waren. Auch die Franzosen stellen sich merkwürdig kühl zu der Eroberung Bac Ninhs. Lieber hätten sie es gesehen, wenn diese Festung nach einer brillanten Attale erobert, statt, daß sie von ihrer, mit Einschließung bedrohten Besatzung preisgegeben worden wäre. Die Flucht der Besatzung hat die Franzosen um die Gefangennahme regulärer chinesischer Soldaten gebracht und damit um die Aussicht, von China für die Unterstützung der Rebellen eine hohe Kriegskosten-Entschädigung zu verlangen. General Negrier schickt sich an, seinen militärischen Erfolg auszubeuten. Er wird bis an die Grenze Chinas vorzurücken haben. Beeilt er sich nicht, so muß diese Expedition bis zum Herbste unterbleiben, weil die heiße Jahreszeit dort alle kriegerischen Unternehmungen für europäische Soldaten unmöglich macht. Eine so lange Ausdehnung des Krieges belastet aber die Finanzen Frankreichs mit unerträglichen Ausgaben und daher kommt es, daß der neueste Erfolg der französischen Waffen keineswegs im Mutterlande den gehofften Enthusiasmus entzündet.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 17. März.

Berlin. Reichstag. Die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze wird zur Kenntnißnahme überwiesen. Dann wird in die erste Berathung der Hilfskassennovelle eingetreten. Dr. Max Hirsch bekämpft dieselbe, in der er eine Erschwerung der freien Hilfskassen erblickt. Die freien Hilfskassen hätten trotz aller Beschränkungen in der letzten Zeit eine mächtige Entwickelung genommen. Man hätte den vorliegenden Entwurf früher ankündigen sollen, damit sich die Kassen darauf einrichten konnten. Die Behauptung, daß die Ansammlung eines Reservefonds seitens der freien Hilfskassen sich als nothwendig herausgestellt habe, stehe vollständig in der Luft; es fehle an jeder Motivirung dafür. Den freien Hilfskassen würde dadurch die Konkurrenz mit den anderen Kassen noch mehr erschwert, als dies schon heute der Fall sei. Auch die rigorose Bestimmung, wonach die Erörterung anderer als Kassenangelegenheiten in den Generalversammlungen bei schwerer Strafe verboten sein soll, entbehre der ausreichenden Motivirung. Die freie Bewegung der Hilfskassen dürfe nicht beschränkt werden. Abg. Frstr. v. Maltzahn-Gültz: Die zuletzt vom Vorredner bemängelte Bestimmung gehe lediglich dahin, daß politische Angelegenheiten in den Versammlungen nicht verhandelt werden dürften. Die meisten Bestimmungen der Novelle seien die nothwendige Konsequenz des Krankenkassengesetzes. Redner empfiehlt Verweisung der Vorlage an die Unfallversicherungs-Kommission. Abg. Kayser-Freiberg erblickt in der Vorlage gleichfalls einen Akt der Feindseligkeit gegen die freien Kassen. Die Hilfskassen in ihrer jetzigen Verfassung seien durchaus genügend, um den Erfordernissen, die das Krankenversicherungsgesetz stellt, zu entsprechen. Mit der Bildung eines Reservefonds erklärte sich Kayser einverstanden. Dagegen nicht mit den Bestimmungen, durch welche die Polizeiaufsicht vermehrt werde. Bundeskommissar Geheimrath Lohmann: Die freien Kassen müßten so gestaltet werden, daß sie den Arbeitern auch wirklich zum Segen zu gereichen vermögen und von dem Arbeiter nicht zu politischen Zwecken verwendet wird. Dies der Zweck der Vorlage. Lehren trat gleichfalls für die Vorlage ein, deren Bestimmungen unentbehrlich seien, wenn der Versicherungszwang aufrecht erhalten und durchgeführt werden soll. Schrader nahm Kayser gegenüber die Gewerkekassen in Schutz, gegen welche in Bezug auf Krankenversicherung noch keinerlei Klagen laut geworden. Kayser ersuchte den Bundeskommissar, mitzutheilen, wann und wo das Vermögen der Krankenkassen zu sozialistischen Parteizwecken benutzt worden sei. Bundeskommissar Lohmann entgegnete, daß eine solche Absicht häufig in Versammlungen öffentlich ausgesprochen worden sei. Hirsch beklagte sich bitter über die Undankbarkeit der Sozialdemokraten, welche die Gewerkskassen angriffen, denen sie selbst ja erst ihre Organisation verdankten. Schließlich wurde die Vorlage der Unfall-Versicherungs-Kommission überwiesen. Morgen Marine-Nachtrags-Etat, Zündhölzer-Gesetz.

Berlin. Anläßlich der Rede des Reichskanzlers über die Lasker-Resolution sind denselben von verschiedenen Seiten Zustimmungs-Telegramme zugegangen, namentlich auch mit überraschender Schnelligkeit aus Amerika. Alle einheimischen Aeußerungen stimmen überein in der Beurtheilung der Nachtheile, welche die parlamentarische Thätigkeit Lasker's für unsere Gesetzgebung gehabt. Sie heben den schädigenden Einfluß hervor, den der verstorbene Führer der Sezessionisten auf die Gestaltung unserer Justiz-Verfassung gehabt und machen sie denselben insbesondere für die Höhe der Anwaltsgebühren verantwortlich. Aus einer Polemik gegen Bamberger in der „Norddeutschen" geht hervor, daß der Reichskanzler rekommandirte Briefe von unbekannten Absendern seit Jahren nicht annimmt, weil sie in der Regel Beleidigungen enthielten, deren Urheber eine amtliche Quittung darüber haben wollten, daß der Arrestat sie auch wirklich empfangen hat. Der Reichskanzler giebt zur Feier des Geburtstags des Kaisers im Kongreß-Saale seines Palais ein großes Galadiner. Zu den Eingeladenen gehört auch der hiesige Gesandte der Vereinigten Staaten Mr. Sargent. — Der Eugen Richter'sche „Reichsfreund" schreibt: An maßgebender Stelle ist die neue Parteigestaltung recht vortheilhaft beurtheilt worden. Der deutsche Kronprinz hat nach vollster Kenntnißnahme aller Schriftstücke seine lebhafte Anerkennung und Befriedigung über die beabsichtigte Vereinigung ausgesprochen. — Ein Telegramm der „Kreuzzeitung" aus Rom berichtet: Kardinal Howard erhielt das von Ledochowski abgelehnte suburbicate Bisthum Frascati. Ledochowski's Ablehnung beruht auf privaten Gründen wirthschaftlicher Natur und dürfte die künftige Entwicklung der Posener Erz-Bisthumsfrage nicht beeinflussen.

Berlin. Die Meinungsverschiedenheiten im Centrum über die Stellung der Fraktion zum Sozialistengesetz sollen definitiv beglichen und der Vorschlag Windthorst's zur Annahme gelangt sein, wonach die Fraktion für die Verlängerung stimmt. — Nach der „Börsen Zeitung" ist eine Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm und der Königin Viktoria in Darmstadt anläßlich der Hochzeit der hessischen Prinzessin geplant. — Der Minister des Innern, v. Puttkamer, fungirt auch diesmal im Reichstage bei der Berathung über die Sozialisten-Gesetz-Verlängerung als Kommissar.

Bromberg. Gegen den Abg. Dr. Möller (Königsberg) ist anläßlich einer Aeußerung in einer am Freitag hier stattgehabten fortschrittlichen Versammlung von der Staatsanwaltschaft Untersuchung wegen Beamtenbeleidigung resp. Beleidigung des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck eingeleitet worden.

London. An der Börse circulirte das Gerücht von dem Rücktritt Gladstone's, eine Bestätigung ist aber bisher nicht vorliegend, das Gerücht wird deshalb für unbegründet gehalten, das Befinden Gladstone's ist gegen gestern unverändert.

Kairo. Nach einer Meldung aus Suakin erließ Admiral Hewett eine Proklamation, in welcher für die Einbringung Osman Digmas, lebendig oder todt, eine Belohnung von 5000 Dollars ausgesetzt wird.

Die Berliner Börse zeigte auch heute Reserve, obschon sie das aus dem gestrigen auswärtigen Privatverkehr vorliegende höhere Courniveau annahm. Spekulative Banken wenig belebt, aber meist höher, Kassabanken gleichfalls still, von deutschen Bahnen fand in Ostpreußen bekanntes Geschäft statt, Ostpreußen stiegen um 2½, Marienburger und Mecklenburger um je 1 Proz. Oesterreichische Bahnen im Ganzen wenig beachtet, Franzosen nachgebend, Gotthardbahn 2 Prozent höher, spekulative Montanwerthe ermatteten nach festem Beginn in Folge der geplanten Erhöhung der russischen Eisenzölle. Von sonstigen Industriepapieren waren Brauereien und Pferdebahnen beliebt, Sächsische Gußstahl 1½ Prozent niedriger, Renten mäßig belebt, Russen unverändert, ungarische Goldrente etwas besser, Italiener etwas schwächer.

Wien, 17. März. Credit 321,10. Staatsb. 316,50. Lombarden 141,50. Marknoten 104,60. Marknoten 59,55. Ung. Credit 326,00. Elbethal —. Still.

Frankfurt a. M., 17. März. Credit 275. Staatsbahn 264½. Lombarden 126½. Ober Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Türkische 20,90. Egypter 68½. Gotthardbahn —. Matt. Still.

Paris, 17. März. (Schluß.) Rente 76,50. Anleihe 106,37. Italiener 93,75. Egypter 345. Oesterr. Staatsbahn —. Lombarden 316,25. do. Prioritäten 295. Egypter 345. Oesterr. Goldrente 87. Fest.

London, 17. März. Wetter kalt, trocken, Weizen ruhig, kaum behauptet, Hafer 6½ Sch., Mais ½ Sch. Wochenverschiffung, Gerste theurer, Erbsen, Bohnen anziehend, angekommener rother Weizen 11—12 Sch.

Lokales und Sächsisches.

— Das militärische Gefolge, das S. M. den König und S. K. Hoheit den Prinzen Friedrich August nach Berlin zur Beglückwünschung des deutschen Kaisers begleitet, besteht aus dem Generalleutnant v. Carlowitz (Generaladjutant), Major v. Schimpff (Flügeladjutant) und Major Edler v. d. Planitz.

— Zu der Hoftafel, die bei den Kgl. Majestäten gestern stattfand, waren dem „Dr. J." zufolge Einladungen ergangen an den Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz, an den Kgl. preuß. General der Infanterie Graf Monts, an den Kgl. großbrit. Vice-Admiral Earl of Clanwilliam, an den Stadtkommandanten Generalleutnant v. Francke, an den Generaldirector der Staatseisenbahnen, Geh. Rath v. Tschirschky, an den Senatspräsidenten des Oberlandesgerichts, Appellationsgerichtspräsident Klemm, an Mitglieder beider Kammern der Ständeversammlung u. s. w.

— Se. Kgl. Hoh. Prinz Georg ist vorgestern Abend von einem Unwohlsein betroffen worden. Glücklicherweise giebt dasselbe nach den von uns an Ort und Stelle eingeholten Informationen zu keinen besorgnißerregenden Befürchtungen Anlaß. Der hohe Patient leidet an einer hoffentlich bald vorübergehenden katarrhalischen Affektion verbunden mit leichtem Fieber, welches ihn nöthigte, auf Verordnung des sofort herbeigerufenen Leibarztes, Herrn Geh. Medizinalrath Dr. Fiedler, vorläufig das Bett zu hüten. Bulletins werden anläßlich des ungefährlichen Charakters der Erkrankung nicht ausgegeben. Das Gerücht, als sei Se. Kgl. Hoheit am Typhus erkrankt, ist somit in alle Wege unbegründet.

— An ausländischen Orden und Auszeichnungen wurden dem Ceremonienmeister Kammerherrn v. Miltitz die 3. Klasse des japanischen Verdienstordens der aufgehenden Sonne, dem Transportinspektor Falkenstein hier das Offizierskreuz der rumänischen Krone und den Gardemeublegehilfen Schleinitz und Kirsten das österreichische goldne Verdienstkreuz verliehen.

— Dem Faktor bei dem fiskalischen Kalkwerke zu Lengefeld, Karl Heinrich Böhland ist von Sr. Majestät dem König das Verdienstkreuz verliehen worden.

— Die Großfürstin Alexandra Josefowna reiste gestern 8 U. 45 M. Vorm. von Berlin über Leipzig nach Altenburg, woselbst die Ankunft Mittags 1 U. 40 M. erfolgte.

— Die zweite Kammer erledigte gestern die wichtigsten Kapitel des ordentlichen Etats, die Kapitel der Steuern und Abgaben und im Zusammenhang damit das Dekret über die Aufhebung des fiskalischen Chaussee- und Brückengeldes, sowie die Anträge auf Aufhebung der Schlachtsteuer beziehentlich der Nothschlachtsteuer und die Petitionen um Erlaß resp. Herabsetzung der Grundsteuer. Vorher wurde auf Antrag des Abg. Philipp das Dekret betreffs des Baues einer Bahn von Rochlitz nach Mutzschen zur Schlußberathung gestellt. Wie wir bereits mitgetheilt, war in der Deputation betreffs der 255 aus landwirthschaftlichen Kreisen für Abschaffung der Grundsteuer eingegangenen Petitionen eine Einigung nicht zu erzielen gewesen, es beantragt vielmehr eine Majorität (Ref. Kirbach) die Petitionen auf sich beruhen zu lassen, eine Minorität dagegen (Ref. Gelbke), dieselbe nur insoweit auf sich beruhen zu lassen, als sie Aufhebung der Grundsteuer erstreben, sofern dieselben aber auf Ermäßigung derselben gerichtet sind, sie der Regierung zur Erwägung zu übergeben. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, welche 4 Vertreter der Landwirthschaft eröffnen. Abg. Mehnert hätte erwartet, daß sich auch Vertreter der Städte für die Aufhebung der Grundsteuer verwenden würden, denn auch die Grundbesitzer in der Stadt würden nicht minder durch dieselbe belastet als die auf dem Lande. Sein Wunsch gehe dahin, den bedrückten Grundbesitzern in der Stadt sowohl wie auf dem Lande eine Erleichterung zu verschaffen. Abg. Oehmichen tritt ebenfalls für das Minoritätsvotum ein, er glaube, daß die Grundsteuer, wie sie heute existirt, auf die Dauer nicht bestehen könne. Uebrigens sehe er den jetzigen Zustand als ein Provisorium an, nicht aber für ein dauerndes Kompromiß. Abg. v. Oehlschlägel ist gegentheiliger Ansicht, die jetzige Art der Besteuerung sei allerdings ein Kompromiß. Er habe demselben seiner Zeit zugestimmt, heute jedoch sei es an der Zeit, eine Abänderung des jetzigen Zustandes zu treffen und auch an eine Entlastung des Grundbesitzes zu denken, da man soeben der Großindustrie durch die Tarif-Ermäßigung ein Geschenk von 2½ Millionen gemacht habe. Abg. Günther ist mit der Bezeichnung Compromiß für den jetzigen Zustand nicht einverstanden, derselbe sei vielmehr durch Oktroirung der Beibehaltung einestheils der früheren Grundsteuer entstanden. Auch nach seiner Meinung lassen sich unsere heutige Steuergesetzgebung nicht lange mehr halten und besonders müsse die Grundsteuer in einer anderen aufgehen. Neben dem Einkommen selbst verdiene bei der Besteuerung auch die Art des Einkommens Berücksichtigung. Er verwahrt sich schließlich gegen den Verdacht, als ob er etwa der Großindustrie feindlich gegenüberstehe, er könne nur nicht zugeben, daß man diese allein begünstige, wie es durch die Tarifermäßigung geschehen sei. Vicepräsident Streit erinnert daran, daß bei der Einführung der jetzigen Grundsteuer der Großgrundbesitz durch 4 Millionen Thaler entschädigt worden sei, und macht darauf aufmerksam, daß im Hintergrunde des Minoritäts-